Martin Böhm

Mitglied des Bayerischen Landtags AfD-Fraktion

- Bundes- und europapolitischer Sprecher der Fraktion
- Mitglied im Ausschuss für Bundes- und Europa-Angelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Rückfragen: 0171/4433555 (MdL-Büro Coburg)
Mail: martin.boehm@afdbayern.de

Homepage: www.mdl-boehm.de

Pressemitteilung

18.10.2022

Martin Böhm: Die AfD macht sich für deutsche Steuerzahler stark – EU erhöht Schuldenberg durch "Aufbaufonds" und befeuert die Inflation!

Die von finanzstarken EU-Mitgliedstaaten bislang nicht genutzten Mittel des sogenannten Aufbaufonds sollen nun an Länder mit geringer Bonität vergeben werden. Der IWF gab zu bedenken, dass dies die ohnehin schon starke Inflation im Euro-Raum weiter anheizen könnte.

Martin Böhm, europapolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag, nahm hierzu wie folgt Stellung:

"Die Umverteilung innerhalb der EU soll in die nächste Runde gehen. Während Länder wie Deutschland und die Niederlande keine Mittel des Wiederaufbaufonds in Anspruch genommen haben, wollen die Eurokraten nun über 200 Milliarden Euro an die finanzschwachen Länder verteilen – wie immer auf Kosten Deutschlands! Denn wenn es bald unausweichlich zum Schuldenschnitt kommt, wie in der Vergangenheit bereits bei Griechenland, wird Deutschland für einen Großteil der garantierten Mittel haften. Somit werden die deutschen Bürger nicht nur durch eine explodierende Inflation, sondern auch noch durch massiv ansteigende Staatsschulden belastet.

Die sogenannte Wertegemeinschaft war einst als Garant für Wohlstand und Handel angelegt und vernichtet nun mit der Weichwährung Euro alles, was in den letzten 70 Jahren erwirtschaftet wurde. Der Aufbaufonds, offiziell zur Bewältigung der Corona-Krise gedacht, stellt eigentlich den Einstieg in die Vergemeinschaftung ungeheurer Schulden dar. Letztlich werden die deutschen Bürger unter diesem Deckmäntelchen enteignet.

Die AfD wird dazu selbstverständlich keine Zustimmung geben. Wir werden die Misswirtschaft der EU zu Lasten Deutschlands weiterhin aufdecken und bekämpfen. Für die AfD stehen Deutschlands Bürger und Steuerzahler an erster Stelle."